

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 115. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 20. September 2007

#### Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten <b>Dr. Wolfgang Schäuble</b> und <b>Petra Merkel</b> (Berlin) .....	11797 A	<b>2006 und 1707 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen</b> (Drucksache 16/6460) .....	11798 B
Wahl der Abgeordneten <b>Dirk Fischer</b> (Hamburg) und <b>Dr. h. c. Wolfgang Thierse</b> als Mitglieder der <b>Jury des internationalen Architektenwettbewerbs für das Humboldt-Forum</b> und der Abgeordneten <b>Renate Blank</b> und <b>Petra Weis</b> als stellvertretende Mitglieder der <b>Jury des internationalen Architektenwettbewerbs für das Humboldt-Forum</b> .....	11797 B	b) Antrag der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: <b>ISAF und OEF parlamentarisch gemeinsam behandeln</b> (Drucksache 16/6325) .....	11798 C
Wahl des Abgeordneten <b>Dr. Carl-Christian Dressel</b> als stellvertretendes Mitglied im <b>Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen</b> .....	11797 B	Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister AA .....	11798 D
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung .....	11797 C	Dr. Werner Hoyer (FDP) .....	11800 B
Begrüßung des Vorsitzenden des Großen Staatskhurals der Mongolei, Herrn <b>Professor Lundeejantsan</b> .....	11798 B	Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister BMVg .....	11801 C
<b>Tagesordnungspunkt 3:</b>		Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) .....	11803 A
a) Antrag der Bundesregierung: <b>Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September</b>		Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	11805 B
		Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) .....	11807 A
		Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) .....	11807 B
		Christoph Strässer (SPD) .....	11807 C
		Birgit Homburger (FDP) .....	11808 C
		Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU) ....	11809 D
		Monika Knoche (DIE LINKE) .....	11810 D
		Christoph Strässer (SPD) .....	11811 C
		Gert Winkelmeier (fraktionslos) .....	11812 A
		Rainer Arnold (SPD) .....	11813 A
		Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD) ....	11813 D
		Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) .....	11814 C
		Dr. Christian Ruck (CDU/CSU) .....	11815 B

**Silke Stokar von Neuforn**

- (A) reicht voll und ganz aus. Nicht im Zensusvorbereitungsgesetz, Herr Korte, sondern im Durchführungsgesetz werden wir genau darauf achten, dass die Georeferenzdaten, wie es der Datenschutz gebietet, anonymisiert werden.

Auch bei einem anderen Punkt sind wir nicht einverstanden: bei der Trennung von Verwaltung und Statistik, die mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorgegeben ist. Das gehört nicht in die Begründung, das gehört in das Gesetz.

Wir hätten zugestimmt, wenn Sie ordentlich gearbeitet hätten.

(Maik Reichel [SPD]: Dann müssen Sie zustimmen!)

Das haben Sie nicht; deswegen enthalten wir uns heute.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Zensusvorbereitungsgesetzes 2011. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/6455, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 16/5525 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen, um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Gegenstimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf auch in dritter Beratung mit dem gleichen Stimmenergebnis angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/6459. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 13 a und b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Hermann Otto Solms, Hans-Michael Goldmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Rein-Biokraftstoffe von Besteuerung bis 2009 befreien und den Bericht zur Steuerbegünsti-**

### gung für Biokraft- und Bioheizstoffe umgehend vorlegen (C)

– Drucksache 16/5133 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

### Stufenbesteuerung und Quotenpflicht bei Biokraftstoffen zurücknehmen – Nachhaltigkeitskriterien umgehend einführen

– Drucksache 16/5679 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion der FDP sechs Minuten erhalten soll. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Frau Dr. Christel Happach-Kasan für die FDP-Fraktion das Wort. (D)

(Beifall bei der FDP)

**Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch in der letzten Legislaturperiode habe ich eigentlich nicht erwartet, dass ein solcher Tagesordnungspunkt im Deutschen Bundestag aufgerufen werden würde. Ich habe fest darauf vertraut, dass es bis 2009 die beschlossene Steuervergünstigung für Biodiesel geben würde. Das ist nicht eingetreten. Durch den Koalitionsvertrag wurde eine beispielhafte Erfolgsgeschichte des Biodiesels abrupt beendet.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit privatem Geld – unterstützt durch öffentliche Förderungen – sind Millionen Euro investiert worden. Etwa 50 Anlagen sind in Deutschland dezentral entstanden. Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages wurde diese Erfolgsgeschichte schlicht abgeschlossen. Verlässliche Politik ist für uns in der FDP etwas ganz anderes.

Minister Gabriel hat noch im September 2005 ein flammendes Plädoyer für den Biodiesel gehalten. Zwei Monate später hatten er und die CDU/CSU-Fraktion das trotz aller anderslautenden Erklärungen vergessen. Die Auswirkungen für die mittelständisch geprägte Biokraftstoffbranche sind dramatisch. Schon im Frühjahr warnte

**Dr. Christel Happach-Kasan**

- (A) das Bundesamt für Güterverkehr, dass der Biokraftstoffmarkt mit Einsetzen der zweiten Steuerstufe am 1. Januar 2008 zusammenbrechen wird. Schon jetzt ist die Hälfte der Kapazitäten stillgelegt. Das ist eine immense Kapitalvernichtung. Fast neue Anlagen werden stillgelegt und durch die Entscheidung der Bundesregierung zu Ruinen.

Doch Finanzminister Steinbrück handelt rein fiskalisch. Obwohl die Steuereinnahmen durch die wirtschaftliche Aktivität der Biokraftstoffbranche den theoretisch entgangenen Einnahmen durch die Steuer entsprochen haben, hat er die Abschaffung der Steuervergünstigung durchgesetzt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union – Herr Schindler persönlich – und auch von der SPD, alle Briefe an den Finanzminister waren reine Showveranstaltungen. Einige waren vielleicht gut gemeint – sie waren im Wesentlichen an die eigene Klientel gerichtet –, aber in der Sache vollkommen wirkungslos.

Kollege Wissing hat vor kurzem im Finanzausschuss einmal nachgefragt, ob die Bundesregierung beabsichtigt, das Gesetz zu ändern. Dies ist bis heute nicht der Fall. Ich fordere die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Union auf, gemäß ihren Worten zu handeln. Fordern Sie den Finanzminister dazu auf, dieses unsägliche Gesetz mit Ihnen zusammen abzuschaffen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

- (B) Ansonsten sind Ihre Showveranstaltungen wirklich absolut nichts wert.

In jeder Klimaschutzpolitik hat die energetische Nutzung von Biomasse eine entscheidende Bedeutung. Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch 20 Prozent betragen. Schon jetzt hat die energetische Nutzung von Biomasse den größten Anteil an den erneuerbaren Energien. Bundesminister Seehofer hat in der Haushaltsdebatte von 70 Prozent gesprochen. Aber für den Biokraftstoffmarkt rührt er keinen Finger. Ich bin der Auffassung, dass die Bundesregierung damit das Vertrauen verwirkt hat. Sie ist nicht zuverlässig und kein Partner, der Planungssicherheit für Betriebe verspricht.

5,3 Prozent des Primärenergieverbrauchs werden durch erneuerbare Energien erzeugt. Der Anteil der Energie aus Biomasse beträgt 70 Prozent. Nur über die Nutzung der Biomasse werden wir die Klimaschutzziele dieser Bundesregierung erreichen können. Wir alle wissen, dass dies gemessen an den Forderungen von Verbänden noch eine sehr geringe Zielsetzung ist. Das heißt, es müssen sehr viel stärkere Anstrengungen erfolgen als bisher. Dafür bietet diese Bundesregierung nicht die richtigen Rahmenbedingungen.

Mit der Einführung des Beimischungszwangs haben die großen Mineralölkonzerne eine kostengünstige Möglichkeit erhalten, die EU-Vorgabe eines Anteils an biogenen Kraftstoffen in Höhe von 5,75 Prozent bis 2009 umzusetzen.

- (Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Diese Vorgaben gab es zu der Zeit noch gar nicht!) (C)

Die Konzerne werden sich mit billigen Importen versorgen. Wie wir wissen, stammen etwa 50 Prozent der Importe aus dem Ausland. Bei diesen Importen wird billigend in Kauf genommen, dass auf Flächen produziert wird, die vor kurzem noch Urwald waren. Zwar sind Zertifikate in Arbeit, aber derzeit gibt es noch keines, das glaubwürdig die Herkunft von Pflanzenölen aus nachhaltigem Anbau garantiert. Die Urwaldzerstörung wird billigend in Kauf genommen, damit sich die Mineralölkonzerne mit billigem Rohstoff versorgen können.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Meinung, dass sich Nahrungsmittelproduktion und Energiepflanzenproduktion nicht gegenseitig ausschließen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Meinung, dass beides parallel möglich ist, wenn wir dafür die geeigneten Marktbedingungen schaffen. Die Doppelstrategie, die Nahrungsmittelproduktion mit der Produktion von Biomasse für die Energiegewinnung zu kombinieren, stärkt gleichzeitig den ländlichen Raum. Wir müssen feststellen, dass der ländliche Raum vom Anbietermarkt zu einem Nachfragemarkt geworden ist. Damit können bessere Preise erzielt werden. Wie wir wissen, sind die Lebensmittelpreise in Deutschland so niedrig wie nirgends. Dies ist erst gestern beim Parlamentarischen Abend des Raiffeisenverbands noch einmal sehr drastisch dargestellt worden. Ich meine, dass das eine gute Chance ist. (D)

Notwendig ist aber auch die Förderung innovativer Produkte; denn anders können sie sich nicht am Markt durchsetzen. Deswegen verlangen wir von der Bundesregierung eine Förderstrategie, die den Unternehmen klar aufzeigt, welche Ziele gesetzt worden sind, mit welchen Mitteln sie erreicht werden und welche Möglichkeiten sie erhalten, die von ihnen getätigten Investitionen in Gewinne umzusetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vorhandenen Kapazitäten für Biodiesel genutzt werden. Zurzeit ist die Hälfte der Anlagen stillgelegt. Das heißt, es werden 5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen, obwohl wir die notwendigen Kapazitäten hätten, um dies zu vermeiden.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir brauchen ein Gesamtkonzept zur Förderung von Biokraftstoffen. Uns ist bewusst, dass Rapsmethylester nicht das letzte Wort ist; darin liegt aber eine Chance. Die Entwicklung von Technologien wurde angestoßen. Die Entwicklung von BTL-Kraftstoffen stockt, wie wir wissen.

Ich begrüße es, dass Schwarz-Rot gestern erklärt hat, dass die energetische Nutzung von tierischen Nebenprodukten inzwischen auch von Ihnen anerkannt wird. Es ist

**Dr. Christel Happach-Kasan**

- (A) höchste Zeit, dass Sie diesen rationalen Weg beschreiten. Wir haben das zwar seit längerem gefordert, sind aber immer wieder von Ihnen verleumdet worden. Es ist aber nur ein Baustein eines dringend erforderlichen Gesamtkonzepts, das wir von Ihnen einfordern. Wir fordern außerdem die Änderung des Energiesteuergesetzes sowie die Nichteinführung der zweiten Stufe am 1. Januar 2008 und damit eine Chance für die Biokraftstoffe in Deutschland.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege Norbert Schindler für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Norbert Schindler (CDU/CSU):**

Guten Abend, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Guten Abend, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Frau Dr. Happach-Kasan, erstens hat das Parlament ein Initiativrecht im Zusammenhang mit dieser Problematik, das wir auch wahrnehmen werden.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Dann nehmen Sie es doch mal wahr!)

Die Bundesregierung muss nicht tätig werden. Darauf haben Sie gestern hingewiesen, Frau Staatssekretärin Hendricks. Verlassen Sie sich darauf: Wir werden tätig.

- (B) (Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hören wir seit über einem Jahr! Nichts ist geschehen!)

– Herr Kollege Fell, wir brauchen dafür den Bericht der Bundesregierung; das wird Kollege Schultz nachher deutlich machen. Wir müssen das in direkter Abstimmung mit der Europäischen Union regeln; das wissen alle Insider. Gemach bei diesem Thema! Es muss richtig gemacht werden. Ich teile sicherlich die Kritik: Es wird höchste Zeit, dass etwas getan wird.

Frau Happach-Kasan, ich weiß, wie schwer sich Ihre Fraktion 2003 und 2004 in der Diskussion über die Steuerbefreiung im Finanzausschuss getan hat.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das ist mir bewusst! – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben dazugelernt!)

Wenn ich die Folgen aus der damaligen Argumentationslinie für heute sehe, dann bin ich nicht verwundert. Ich kann nur sagen: Damals wurde der richtige Weg eingeschlagen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Richtig!)

Die Große Koalition hat sicherlich Probleme bekommen. Uns fehlen für die Haushaltskonsolidierung vielleicht 1 Milliarde bis 2,5 Milliarden Euro, wenn die Entwicklung gerade beim Biodiesel so weitergeht.

- (Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die werden aber noch einmal fehlen, weil es keinen Biodiesel gibt!) (C)

Wir haben aber mit Blick auf die nächste Generation versprochen, die Schulden deutlich zurückzufahren. Wir haben einen sehr erfolgreichen haushaltspolitischen Kurs eingeschlagen. Lob als Schwarzer dem roten Finanzminister!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ist eine gute Entwicklung.

Wir sind außerdem zu der Überzeugung gekommen, dass wir angesichts der Entwicklung der Investitionen 2005 – man ist einfach davon ausgegangen, dass der Staat die Steuerfreiheit bis 2009 aufrechterhält – die Investitionsbereitschaft dringend bremsen müssen.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höhn?

**Norbert Schindler (CDU/CSU):**

Bitte schön.

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Schindler, ist Ihnen bekannt, dass damals diverse Kollegen der Großen Koalition im Bundestag gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung gestimmt haben und einem Antrag der Grünen gefolgt sind, der zum Ziel hatte, Biodiesel nicht zu besteuern? Unterstellen Sie, dass diese Kollegen die finanziellen Berechnungen, die Sie nun angestellt haben, nicht nachvollziehen können und den Haushalt nicht sanieren wollen, oder haben diese Kollegen eher daran gedacht, dass durch neue Unternehmen neue Einnahmen für das Land entstehen und eine neue mittelständische Struktur in diesem Bereich aufgebaut wird? (D)

**Norbert Schindler (CDU/CSU):**

Frau Kollegin Höhn, damals wurden gar keine Berechnungen angestellt. Dass es in der damaligen rot-grünen Regierung Befürworter gab und dass ich bei unseren Finanzpolitikern Überzeugungsarbeit leisten musste, ist uns doch allen bekannt. Die geplante steuerliche Freistellung bis 2009 hat dazu geführt, dass man mit Lobbypolitik auf unbedingten staatlichen Schutz beharrt hat, um Investitionen tätigen zu können. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland als Steuerland in der Europäischen Union nicht alleine ist. In den damaligen Verhandlungen der Koalition über eine höhere Mehrwertsteuer und eine Eindämmung der Steuerausfälle in diesem Bereich war für mich die Aufhebung der Steuerfreiheit leider die höhere Staatseinsicht. Ich habe mich den sehr vernünftigen Argumenten für eine Staatsphilosophie der Entschuldung gebeugt und der Koalitionsvereinbarung zugestimmt; dazu stehe ich.

Norbert Schindler

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Okay, das wollte ich hören!)

Angesichts der Einnahmen aus der Diesel- und Mineralölsteuer in Milliardenhöhe und der Tatsache, dass Ungarn und Franzosen für den deutschen Markt produzieren, war es wichtig, hier einen Riegel vorzuschieben. Das hören Ölmüller weiß Gott nicht gerne. Aber 2009 hört es noch nicht auf. Wir werden für den Rapsölbereich eine Auslaufrfrist und entsprechende Steuersätze festlegen.

Das Problem in Europa und vor allem in Deutschland ist, dass der Markt unter einer Überproduktion, insbesondere unter importierten Dieseleratzstoffen aus der Europäischen Union, zu leiden hat. Derzeit wird in deutschen Häfen versucht, Palmöl anzudienen. Natürlich brauchen wir eine Nachhaltigkeitsregel. Natürlich brauchen wir die Abstimmung mit der Europäischen Union, damit nicht in der Dritten Welt Urwaldflächen und Weidflächen umgebrochen werden und darauf für den Export in die Europäische Union produziert wird. Bei aller Ungeduld, die auch ich bei diesem Thema habe, muss ich Sie um etwas Geduld bitten, bis der Bericht, der zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Union abzustimmen ist, auf den Tisch kommt.

- (B) Für unsere deutschen Erzeuger kommt die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise der letzten Wochen und Monate hinzu. Es erinnert an ein Tollhaus, wie in diesem Zusammenhang argumentiert wird. Wenn 100 Einheiten eines Produkts angeboten werden, aber 101 Einheiten gebraucht werden, dann spricht man schon von einem knappen Markt. Werden aber 102 Einheiten angeboten, besteht angeblich ein Überangebot. Man reagiert derzeit sehr empfindlich. Manche Vertreter der Nahrungsmittelbranche argumentieren, auch das Bier müsse teurer werden. Ein Kasten Bier kostet in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt 14 Euro. Der Anteil der Gerste an einem Kasten Bier macht 0,36 Euro aus. Wenn der Preis der Gerste auf 40 oder 42 Cent steigt, dann wird argumentiert, der Preis eines Kastens Bier müsse um mehrere Prozent erhöht werden. So wird oft dumm und plakativ, aber trotzdem geschickt argumentiert.

Es gibt keine Verknappung von Nahrungsmitteln, übrigens auch keine Verknappung von nachwachsenden Rohstoffen. Im kommenden Jahr werden einige Millionen Hektar frei, was mit der Aufhebung der Zwangsstilllegung von Flächen in der Europäischen Union zusammenhängt. Dann haben wir genügend Ertragspotenzial, um auch diesen Markt wieder vernünftig zu bedienen.

Ich hoffe, dass sich die Preisentwicklung, die wir derzeit gerade bei Getreide haben, fortsetzt, aber ich befürchte, dass es sich um eine Blase handelt. Ab Januar, Februar gibt es wieder Getreideernten auf der Südhalbkugel der Erde. Sie werden sehen, dass sich der Markt beruhigt. Ich sage meinen Bauern immer: Besser mit Reue verkauft, als mit Reue behalten. Das gilt vor allem für die, die derzeit horten. Dass wir bei Milch und Milchprodukten endlich auf das Preisniveau von vor 20 Jahren zurückkommen, haben die Bauern für die

- Leistung, die sie auf ihren Höfen erbringen, weiß Gott verdient. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es wird über einige Optionen diskutiert. So werden speziell zum öffentlichen Nahverkehr – Stichwort Freistellung – Überlegungen angestellt. Ich plädiere dafür, dass mindestens eine Steuerstufe ausgesetzt wird. Am besten wäre es, sie zu streichen, weil derjenige, der einen Dieselmotor kauft, eine Ersparnis von 8 Cent erzielen muss, um die Mehrkosten des Motors auszugleichen. Dann ist er auch bereit, klimabelastende Stoffe nur noch in geringem Maße zu benutzen.

Wir diskutieren derzeit intensiv über die Nachhaltigkeitsregel. Es geht um die Frage, wie wir uns WTO-verträglich schützen, damit wir nicht unter Billigimporten zu leiden haben. Wenn in Malaysia Waldflächen gerodet werden, um darauf für den Export in die Europäische Union zu produzieren, dann kann man nicht von Nachhaltigkeit sprechen. Die europäische Landwirtschaft aber muss das Gebot der Nachhaltigkeit erfüllen. Wir brauchen deshalb die Unterstützung der Europäischen Union. Das betrifft auch die Produktion von Ethanol. Das sollte man nicht vergessen. Es geht nicht nur um Biodiesel, sondern auch um den Ersatz von Benzin. Es stellt sich dann die Frage, wie wir mittels einer höheren Zwangsbeimischung den Markt entlasten können.

- (D) Es bedarf schon einer guten Abstimmung innerhalb der Koalition, um die anstehenden Fragen zu beantworten. Ich räume ein, dass wir noch nicht bei allen Punkten eine gemeinsame Linie gefunden haben. Aber wir bekommen das in den nächsten Wochen hin. Wir müssen es hinbekommen. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Aktiver Umweltschutz darf nicht nur in der Dritten Welt stattfinden, sondern muss auch in Deutschland und Europa gefördert werden. Wir waren wieder einmal die Ersten, die die bahnbrechende Entwicklung angestoßen haben. Verstärkt ist das unter Rot-Grün geschehen. Ich habe kein Problem damit, das anzuerkennen. In der ersten Phase war aber die jetzige Bundeskanzlerin Umweltministerin der Bundesrepublik.

Wir brauchen eine Korrektur der zu rigiden Beschlüsse, die wir gefasst haben. Da gebe ich der Opposition recht. Das war auch meine persönliche Meinung. Sie wissen aber, wie es in der Politik und mit den Interessen der Mineralölwirtschaft ist. Ich komme vom Dorf. Der Ministerpräsident meines Landes hat diesen Spruch von mir gern übernommen – ich wiederhole ihn hier -: In der Politik und in der Koalition ist es so, wie wenn Sie im Dorf auf die Musi gehen: Sie können nur mit den Mädels tanzen, die da sind.

Man braucht einen Kompromiss, damit es in dieser Frage wirklich mit Vernunft weitergeht. Ansonsten wären die Investitionen im ländlichen Raum weiß Gott Blödsinn und eine absolute Katastrophe. Das kann es nicht sein. Wir brauchen unbedingt Morgenstimmung, damit es auch in diesem Bereich weitergeht. Dabei ist abzuwägen: Den ersten Rang hat natürlich die Nahrungsmittelproduktion. Das sind 90 Prozent des land-

**Norbert Schindler**

- (A) wirtschaftlichen Ertragspotenzials. Darin enthalten sind die großen Auflagen wie Cross-Compliance und Umweltschutz. Wenn wir aber 10 Prozent der europäischen Agrarflächen auf Dauer für die Schaffung von Unabhängigkeit in einem Teil der Energieversorgung vorsehen können, haben wir einen Ausgleich an den Märkten. Jetzt wäre aber die Gefahr nach dem Motto „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ gegeben. Das werden wir nicht tun. Verlassen Sie sich darauf!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Herr Schindler, mit Ihrer Biokraftstoffpolitik werden Sie wahrscheinlich beim nächsten Tanz sitzen bleiben und nicht abgeholt werden, weder von den vorhandenen Bräuten noch von irgendjemand anders.

Um es gleich auf den Punkt zu bringen: Für die Linke ist Ihre Biokraftstoffstrategie deutlich gescheitert. Dieses Scheitern ist unübersehbar und auch nicht überraschend. Sie selbst haben es dargestellt: Gerade die klein- und mittelständischen Biodieselhersteller haben entweder geschäftliche Schwierigkeiten oder stehen schon vor der Pleite. Zwei Drittel der deutschen Biodieselhersteller stehen vor dem Aus, so meldet *Agra-Europe*. Damit stehen auch die regionalen Versorgungsstrukturen, die einen ganz anderen Markt darstellen als die Tankstellen – das wissen Sie wahrscheinlich genauso gut wie ich –, und Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum vor dem Aus.

- (B) Wir können weitermachen mit dem Bioethanolwerk in Schwedt, das gerade die Produktion auf null heruntergefahren hat. Man kann zu Projekten wie in Schwedt stehen, wie man will. Eines ist aber Fakt: Dort sind Fördermittel in Millionenhöhe in den Sand gesetzt worden.

Wir können weitermachen mit dem Bioethanolwerk in Schwedt, das gerade die Produktion auf null heruntergefahren hat. Man kann zu Projekten wie in Schwedt stehen, wie man will. Eines ist aber Fakt: Dort sind Fördermittel in Millionenhöhe in den Sand gesetzt worden.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Aber nicht wegen dieser Strategie!)

– Das hat aber damit zu tun; denn Sie haben das mit einbezogen.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Die Produkte in Schwedt sind nie steuerlich gefördert worden!)

– Sie können gern eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie darauf Wert legen.

Die Hoffnung auf eine zukünftige ökologische Kraftstoffstrategie mit einheimischen Rohstoffen ist damit vergeigt. Das Schielen auf kurzfristige Steuereinnahmen lässt die vielleicht in einigen Jahren sprudelnde Quelle schon jetzt versiegen. Diese Politik widerspricht auch den angeblich so ambitionierten Klimaschutzzielen Ihrer Regierung. Sie hat zudem soziale Folgen, weil Arbeit-

- nehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser jungen Branche vor der Entlassung stehen. (C)

Für meine Fraktion gibt es dafür ganz klar zwei Gründe: die Zwangsbeimischungsquote und die „Strafsteuer“ für Biokraftstoffe, wie ich sie einmal benennen möchte. Bereits nach nur einem Jahr Wirkungszeit dieser beiden Maßnahmen ist der Biospritmarkt im Prinzip kaputt; die Klimaschutzziele haben Sie gleich mit aufgegeben. Dabei wird jetzt – Sie selbst haben es genannt – massenweise Palm- und Sojaöl importiert, deren Produktion nun wirklich nicht klimafreundlich ist: Tropenwälder werden abgeholzt. Landarbeiterinnen und Landarbeiter werden ausgebeutet. Kleinbauern werden vertrieben. Solche Raubbauimporte sind weder klimafreundlich noch sozial. Die Linke fordert daher ganz dringend ein wirksames Zertifizierungssystem für den nachhaltigen Anbau von nachwachsenden Rohstoffen, und zwar sowohl für Europa als auch für Importe aus Drittländern. Diese Zertifizierung muss nach strengen sozialen und ökologischen Standards erfolgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie zahlreiche Fachleute haben auch wir von Anfang an gewarnt. Wenn Sie die Mineralölkonzerne dazu verpflichten, dem herkömmlichen Sprit einen Mindestanteil an Biodiesel oder Bioethanol beizumischen, sorgen Sie dafür, dass die Konzerne Zugriff auf den Bioenergiemarkt bekommen. Diese Konzerne bedienen sich jetzt des importierten Palm- und Sojaöls, das nicht ökologisch hergestellt wurde. Sie können damit ihre Biokraftstoffbeimischungsquote und alle anderen Vorgaben erfüllen. Die Folge davon sind Dumpingpreise auf dem Biospritmarkt, mit denen die einheimischen Produzenten nicht mithalten können, weil die natürlich zu anderen Bedingungen produzieren. (D)

Gerade die europäischen Landwirtinnen und Landwirte hätten die Chance, Biosprit klimaneutral zu erzeugen, wenn sie nach guter fachlicher Praxis mit angepassten Fruchtfolgen und mit Düngemittelsatz nach Augenmaß produzieren könnten. Statt das zu fördern, versucht die Bundesregierung, durch Besteuerung Gewinne abzuschöpfen, die nirgendwo wirklich existieren.

Außerdem will sie den Biospritanteil jetzt auch noch auf 20 Prozent steigern,

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Den Energieanteil! Nicht im fossilen Bereich!)

obwohl der Sachverständigenrat für Umweltfragen festgestellt hat, 7 Prozent seien auf Basis der einheimischen Ressourcen zu decken;

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: 10 Prozent!)

alles andere müsse importiert werden. Ich sage: Oder wir reduzieren den Kraftstoffverbrauch der Autoflotte drastisch und benutzen mehr Bus und Bahn. Andernfalls wird der deutsche Biokraftstoffmarkt von billigen und klimaunfreundlichen Exporten überflutet oder werden Ihre Klimaschutzziele nicht erfüllt.

Aus unserer Sicht gibt es aber sehr wohl soziale und ökologische Alternativen zu Ihrer Politik. Wir haben sie

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) in unserem Antrag niedergeschrieben und freuen uns sehr auf die Diskussion. Wir hoffen auf Besserung.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nun hat das Wort der Kollege Reinhard Schultz für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Reinhard Schultz** (Everswinkel) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Anträge der FDP und der Linken oder die Flugblätter und Zuschriften vieler Verbände aus der Biokraftstoffszene anschaut, dann muss man wirklich glauben, dass der Untergang nahe sei und dass der Zusammenbruch unmittelbar bevorstehe;

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Fahren Sie mal über das Land!)

die Ursache liege ausschließlich in der neuen Biokraftstoffstrategie der Bundesregierung „Weg von der steuerlichen Förderung, hin zur Beimischungspflicht“.

- (B) Wie die Zahlen zeigen, haben diese Parolen mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun – im Gegenteil. Ich kann Ihnen hier heute Abend die freudige Botschaft verkünden, dass der Biokraftstoffabsatz in Deutschland im ersten Halbjahr 2007 so hoch war wie noch nie zuvor. Das gilt natürlich auch im Vergleich zum Vorjahr, als es noch die steuerliche Förderung und keine Beimischungspflicht gab.

Die Steuerstatistik ist aussagekräftig; denn die Kraftstoffe insgesamt unterliegen der Besteuerung. Aus der Steuerstatistik geht hervor, dass bei uns im ersten Halbjahr 2007 bereits über 970 000 Kubikmeter reiner Biodiesel und 367 000 Kubikmeter reines Pflanzenöl in Verkehr gebracht wurden. Das sind insgesamt wesentlich größere Mengen, als es im Jahr zuvor der Fall gewesen ist. Hinzu kommt natürlich noch das, was dem fossilen Kraftstoff beigemischt wird. Wir können heute sagen: Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2006 haben wir sowohl im Bereich der reinen Biokraftstoffe als auch insgesamt – also einschließlich der Produkte mit Beimischungen – einen Zuwachs von 20 Prozent, und die Tendenz ist steigend.

Die Sorgen, die uns vor einigen Monaten zum Teil vorgetragen worden sind, waren darin begründet, dass wir einen ausgesprochen warmen Winter hatten – das hat sich auf die Vergleichspreise niedergeschlagen – und dass die Rohstoffpreise exponentiell angestiegen sind – das tun sie zum Teil auch jetzt noch –, und daraufhin hat sich eine Schere geöffnet, mit der Folge, dass der eine oder andere Marktteilnehmer wirklich Existenzängste bekommen hat. Zum Teil hat man die Reißleine gezogen, seine Anlagen abgebaut und sich im Ausland angesiedelt.

(C) Wir haben heute eine völlig andere Situation: Die Tankstellenpreise sind ausgesprochen hoch, und die Rohstoffpreise flachen leicht ab. Im Augenblick verdient man sehr gut. Auf das gesamte Wirtschaftsjahr bezogen, lässt sich sagen: Man wird weiterhin gut verdienen. Das ist schon jetzt erkennbar. Selbst im Bereich des reinen Pflanzenöls tätige Unternehmen – Speditionen sind ins Ausland gegangen, etwa nach Polen, weil sie dort besteuerten Diesel günstiger tanken konnten als nun fast steuerbefreiten Biodiesel in Deutschland – sind nach Deutschland zurückgekehrt, nachdem sich die Preise weltweit geändert hatten. Allein der Absatz von reinem Pflanzenöl wird in diesem Jahr erstmals bei über 1 Million Tonnen liegen. Das hätte niemand für möglich gehalten. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Sie können doch keine Statistiken, die sich lediglich auf Monate beziehen, zum Abbild der gesamtwirtschaftlichen Wirklichkeit erklären; vielmehr müssen Sie eine langfristige Betrachtung der Wirtschaft – wenigstens eine einjährige – vornehmen, so wie wir es in unserem Biokraftstoffbericht letztendlich tun werden. 2007 wird für die Biokraftstoffbranche ein Rekordjahr im Vergleich zu den Jahren vorher. Wir haben den Ehrgeiz zu erreichen, dass diese Entwicklung so weitergeht, und zwar nicht auf der Grundlage von Importen, sondern im Wesentlichen auf der Grundlage einheimischer Wertschöpfung.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

(D) Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Dr. Happach-Kasan?

**Reinhard Schultz** (Everswinkel) (SPD):  
Selbstverständlich.

**Dr. Christel Happach-Kasan** (FDP):

Herr Kollege Schultz, verstehe ich Sie richtig, dass Sie der Einschätzung Ihres Kollegen Schindler widersprechen, also nicht planen, das Energiesteuergesetz zu ändern?

**Reinhard Schultz** (Everswinkel) (SPD):

Meine liebe Frau Kollegin, ich habe noch einige Minuten Redezeit. Die werde ich darauf verwenden, die Strategie für die Zukunft darzustellen. Warten Sie das in Ruhe ab. Selbstverständlich werden wir gemeinsam noch etwas ändern. Wir werden die jetzige Linie weiterverfolgen und sie in die Zukunft fortschreiben.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wieso? Ist doch alles gut!)

Ich will noch ein Wort zu den angeblich so Not leidenden Firmen verlieren. Ich habe hier die Pressemitteilung eines Biodieselerstellers, der in Brandenburg eine mittelgroße Anlage mit einer Kapazität von etwa 130 Jahrestonnen betreibt. Die Firma schreibt stolz, und zwar zu Recht:

## Reinhard Schultz (Everswinkel)

- (A) Das Pritzwalker Unternehmen EOP Biodiesel AG hat in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2006/2007 bei Gewinn und Umsatz kräftig zugelegt.

Seit dem 30. Juni 2006 steigerte die Bioenergie-Firma ihren Umsatz im Vergleich zum Vorjahres-halb-jahr um 6,7 Prozent auf 18,137 (2005/6: 17,003) Millionen Euro ...

Der Gewinn nach Steuern und Zinsen sei sogar um 186 Prozent auf 0,625 (0,218) Millionen Euro gestiegen ... Trotz erhöhter Steuern für Biodiesel erwartet das Unternehmen auch für die zweite Hälfte des Geschäftsjahres deutliche Zuwächse bei Umsatz und Ertrag.

So schreibt diese Firma.

Herzlichen Glückwunsch nach Pritzwalk! Das ist eine tolle Entwicklung. Anderen Firmen kann ich nur sagen: Machen Sie das nach! Das ist kein Zufallstreffer. Das ist eine gut aufgestellte Firma mittlerer Größenordnung, die sich unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen vernünftig eingerichtet hat, ordentlich produziert, mit Gewinn, wie wir uns das wünschen.

- (B) Wir haben in den vergangenen Monaten beim Biodiesel einen Marktpreis von im Schnitt etwa 63 bis 65 Cent je Liter vor Steuern gehabt. Damit konnten die Unternehmen offensichtlich Gewinne erwirtschaften, weil ihre Kosten unter diesen Preisen gelegen haben. Die durchschnittlichen Verkaufspreise von fossilem Diesel lagen im Schnitt bei etwa 94 Cent pro Liter. Da sehen Sie die Spanne. Da ist so viel Luft drin, dass aus meiner Sicht die nächste Biodieselsteuerstufe locker zu verkraften ist. Es bleiben immer noch deutlich mehr als 10 Cent pro Liter Luft, um Gewinne zu machen. Das muss man aufgrund der Daten, die uns heute vorliegen, zur Kenntnis nehmen.

Trotzdem ist es notwendig, die Biokraftstoffstrategie weiterzuentwickeln. Das sieht die EU so, die zwischenzeitlich unter unserer Präsidentschaft eine eigene Biokraftstoffstrategie aufgelegt hat. Dies sieht die Bundesregierung so, die in Meseberg Beschlüsse gefasst hat, die sich auf Biodiesel beziehen. Sie haben es eben zitiert: Es soll eine Quote von etwa 20 Prozent bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Auch die SPD-Fraktion hat sich Gedanken gemacht und ihrerseits Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Biokraftstoffstrategie gefasst. Das bezieht sich auf folgende Punkte: Gegenüber dem, was im Gesetz steht, werden wir die Quote deutlich anheben. Die Produktionskapazitäten – auch die einheimischen – und der Markt geben es her.

Wir haben Zusagen der Automobilindustrie. Sie verkraftet sowohl im Dieselpbereich als auch im Ethanolbereich wesentlich mehr, als sie in den vergangenen Jahren eingeräumt hat. Dabei werden wir bis zum Anschlag gehen. Wir werden sie treiben. Wir werden die Automobilindustrie auf das festlegen, was sie anlässlich der Internationalen Automobil-Ausstellung zugesagt hat. Ihre ökologischen Versprechen werden wir sozusagen einklagen, indem wir Vorgaben dazu machen, wie Kraftstoffe in der Zukunft zusammengesetzt sein müssen.

- (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

(C)

Dabei werden wir natürlich auf die Hersteller von Reinkraftstoffen Rücksicht nehmen. Unsere Idee ist, im Hinblick auf die etwas unsicheren Kantonisten der Speditionen, die immer dann mal kurz über die Grenze fahren, wenn der Preis dort günstiger ist, einen stabilen einheimischen Markt zu schaffen, indem wir den öffentlichen Personennahverkehr auf der Straße und der Schiene von der Besteuerung von Biokraftstoffen, ähnlich wie in der Landwirtschaft, auf Dauer freistellen. Das ist eine sehr dezentrale Veranstaltung. Das kommt den dezentralen Vertriebsstrukturen, den kleinen Ölmühlen ausgesprochen entgegen. Das ist nicht steuerlich getrieben. Dadurch entsteht kein steuerpolitisches Vakuum, das Zuflüsse von Biokraftstoffen aus Ungarn, Frankreich oder sonst woher initiiert. Das schafft die Möglichkeit eines vernünftigen regionalen Kreislaufs in einer Größenordnung von 500 000 bis 1 Million Tonnen im Jahr. Das ist eine ganze Menge. Würden wir dies auf Dauer garantieren, wäre auch für den Reinkraftstoffmarkt viel erreicht, und zwar außerhalb der Quote bzw. der Beimischung.

Ein letztes Wort noch zum Thema Nachhaltigkeit, das ich ausgesprochen ernst nehme: Wir hatten uns vorgenommen, durch eine Nachhaltigkeitsverordnung dafür zu sorgen, dass Ökodumpingprodukte weder der Quote beigemischt werden noch als Reinkraftstoffe steuerlich subventioniert werden. Dies machen wir aus umweltpolitischem Bewusstsein heraus und nicht, um Wettbewerber aus dem Ausland abzuhalten. Wer die Kriterien, die wir entwickeln, einhält, darf selbstverständlich auf unserem Markt erscheinen. Kriterien werden im Wesentlichen sein: eine positive CO<sub>2</sub>-Bilanz, kein Raubbau an der Natur – es darf also kein Regenwald für Palmölplantagen abgeholzt werden – und die Beachtung der guten landwirtschaftlichen Praxis bei der Herstellung, also keine Überdüngung usw. Diese drei Kriterien kann man, wie ich glaube, auch einhalten.

(D)

Jeder Kraftstoff wird zertifiziert werden müssen. Ich bin sicher, dass wir dies für den deutschen und den europäischen Markt hinbekommen. Ob diese Spielregeln dann auch für den Rest der Welt gelten werden, ist eine andere Frage. Möglicherweise wird ein Teil der Produkte aus Indonesien unseren Nachhaltigkeitskriterien entsprechen, der größere Teil, der für China bestimmt ist, wo man inzwischen auch Biokraftstoffe einkauft, aber ohne Einhaltung dieser Kriterien produziert werden.

Diesbezüglich muss man Sorge haben, wenn man sich die entsprechende OECD-Studie oder die Untersuchung des Sachverständigenrats anschaut. Ich nehme dies ausgesprochen ernst. Aber hier gilt dasselbe wie beim übrigen Klimaschutz: Wir müssen zeigen, dass es möglich ist, eine Biokraftstoffstrategie unter Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien zu fahren, damit andere sie nachmachen können. Anders können wir doch nicht antreten. Man müsste sich doch gleich erschießen, wenn man die Furcht hätte, dass nicht alle genauso gut und schlau wie wir sind.

(A) **Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**  
Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

**Reinhard Schultz** (Everswinkel) (SPD):

Ich neige als Politiker eher dazu, ein gewisses missionarisches Bewusstsein an den Tag zu legen, Gutes zu tun und vorzuzeigen und aus dem, was in Deutschland oder Europa entwickelt worden ist, Exportartikel zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist nun der Kollege Hans-Josef Fell für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schultz, Ihre Ausführungen angesichts der Konkursentwicklung bei mittelständischen Biodieselproduzenten kann man nur als unverantwortlichen Zynismus bezeichnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der FDP)

Der Ölpreis liegt auf Rekordhoch und beträgt mehr als 80 Dollar pro Barrel. Trotzdem tut die Bundesregierung vieles, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu schwächen, und sie tut schon gar nichts für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Zwar spricht Bundesminister Gabriel von einem kleinen Wirtschaftswunder – recht hat er –; aber er schmückt sich mit fremden Federn, da er es nicht initiiert hatte und zunehmend dafür verantwortlich wird, dass sich dieses kleine Wirtschaftswunder abschwächt.

(B)

Die Ergebnisse des Nichthandelns und der falschen Handlungen dieser Bundesregierung werden nun sichtbar. Im ersten Halbjahr 2007 gab es dramatische Einbrüche in wichtigen Teilbereichen der erneuerbaren Energien: minus 20 Prozent bei Windkraftinvestitionen im Binnenmarkt, minus 35 Prozent bei Sonnenkollektoren, minus 50 Prozent bei Holzpelletsheizungen, minus 50 Prozent bei Biogasanlagen und minus 60 Prozent bei der Nachfrage nach dem KfW-Gebäudesanierungsprogramm. Dies ist ein unerwartet schneller und dramatischer Abschwung der erneuerbaren Energien; der Wirtschaftswunderschwung durch Rot-Grün wird von Schwarz-Rot abrupt abgebremst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Norbert Schindler [CDU/CSU]: Das sagen aber die Windmüller auf keinen Fall, Herr Kollege! Das haben Sie doch mitgekriegt! Gucken Sie doch in die Bilanzen!)

Meine Damen und Herren, das gleiche Bild zeigt sich bei den Biokraftstoffen. Bewusst und in aller Konsequenz wird der Markt für reine Biokraftstoffe zerstört. Allein auf Beimischung wird gesetzt und damit das Geschäft der Mineralölkonzerne gemacht. Die Mineralölkonzerne spürten ja zunehmend die Konkurrenz von dezentral vermarkteten reinen Biokraftstoffen, die mithilfe

der erfolgreichen rot-grünen Steuerbefreiung aufwuchsen. (C)

So fanden sie Gehör bei den Finanzpolitikern der SPD und bei der Bundesregierung, allen voran bei Finanzminister Steinbrück, Umweltminister Gabriel, Landwirtschaftsminister Seehofer und Wirtschaftsminister Glos. Als Erfüllungsgehilfen der Mineralölkonzerne schafften sie die Steuerbefreiung für reine Biokraftstoffe ab. Da halfen nicht die engagierten und ehrlichen Widerstände von SPD-Abgeordneten, die mit uns Grünen die Erfolgsgeschichte der reinen Biokraftstoffe begründeten, und es halfen auch nicht die mutigen und klaren Positionen einiger Unionsabgeordneter, vor allem aus der CSU. Übrigens, Herr Schindler, hat nicht einmal der Bauernverband wirklich Widerstand gegen diese Besteuerung geleistet.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Da hat er recht!)

Was ist das Ergebnis? Die Steuerbefreiung von Rot-Grün hatte zum Aufbau einer Produktionskapazität von 4,8 Millionen Tonnen Biodiesel geführt. Die vielgerühmte Beimischung führte dazu, dass von den etwa 50 Biodieselproduzenten rein rechnerisch die fünf größten die Beimischungsquote erfüllen können. Die anderen 45 mittelständischen Biodieselhersteller stehen aktuell vor dem Konkurs – so viel zur angeblichen Mittelstandspolitik der Bundesregierung. Zehntausende Arbeitsplätze sind höchstgefährdet, genauso wie 10 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Reduktion. Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen werden wegfallen und, Herr Schindler, auch die Steuereinnahmen bei reinem Biodiesel. Wie können Sie da noch auf Berechnungen der Bundesregierung warten? Die Unternehmen können nicht mehr warten. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim kleinen Bruder, bei den reinen Pflanzenölen, sieht dies noch düsterer aus. Da sie überhaupt nicht beimischungsfähig sind, sollen sie gänzlich verschwinden. Dezentrale Strukturen, Direktvermarktung, ökologische Produktionsprozesse und Entwicklung ländlicher Räume, dies alles unterstützt die Bundesregierung nicht.

Die Anträge von der FDP und den Linken gehen daher in die richtige Richtung, wobei der Antrag der Linken mit dem wichtigen Hinweis auf die Nachhaltigkeit und die Zertifizierung der Produktion von Biokraftstoffen einen unverzichtbaren Akzent setzt. So können vorhandene Fehlentwicklungen in Form intensiver Landwirtschaft und Urwaldabholzung bei der Biokraftstoffherzeugung ausgeräumt werden.

Beide Anträge stehen in der Tradition unseres grünen Antrages, den die Große Koalition längst abgelehnt hat. Die Resistenz der Großen Koalition gegen die Unterstützung eines Marktes für reine Biokraftstoffe ist unglaublich. So entlarvt sich die Bundesregierung selbst als reinen Rhetorikverein für erneuerbare Energien, dessen Handeln gegen die eigenen Worte gerichtet ist. So ist diese Bundesregierung mitverantwortlich für weitere CO<sub>2</sub>-Emissionen, für weitere Klimazerstörung, für den Rückgang der Investitionen in erneuerbare Energien, für

Hans-Josef Fell

- (A) die Konkurse in der Biodiesel- und Pflanzenölbranche, für die Schwächung ländlicher Räume, aber auch für die weitere Monopolisierung im Kraftstoffmarkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/5133 und 16/5679 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 14 a bis 14 c sowie Zusatzpunkt 4 auf:

- 14 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes**

– Drucksache 16/6122 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

- (B) **Hochschulrahmengesetz beibehalten**

– Drucksache 16/4626 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kai Gehring, Krista Sager, Britta Haßelmann, Priska Hinz (Herborn) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Studentische Mobilität durch bundeseinheitliche Mindeststandards bei Hochschulzulassung und -abschlüssen sicherstellen**

– Drucksache 16/5759 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- ZP 4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Uwe Barth, Patrick Meinhardt, Cornelia Pieper, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes zur Stärkung autonomer Hochschulen nutzen**

– Drucksache 16/6397 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)  
Innenausschuss  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit

(C)

Die Kolleginnen und Kollegen Andreas Storm, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Uwe Barth, Cornelia Hirsch und Kai Gehring haben ihre Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll gegeben. Damit erübrigt sich die Aussprache.<sup>1)</sup>

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/6122, 16/4626, 16/5759 und 16/6397 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Auch dies ist offenkundig der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Petra Pau, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus erstellen**

– Drucksachen 16/4201, 16/5824 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Kristina Köhler (Wiesbaden)  
Gabriele Fograscher  
Gisela Piltz  
Sevim Dağdelen  
Josef Philip Winkler

(D)

Auch hier haben folgende Kolleginnen und Kollegen ihre Reden zu Protokoll gegeben: Kristina Köhler (Wiesbaden), Gabriele Fograscher, Christian Ahrendt, Sevim Dağdelen und Monika Lazar.<sup>2)</sup> Das heißt, eine Aussprache findet nicht statt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel *Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus erstellen*. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/5824, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/4201 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der Grünen und Gegenstimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 16 a und 16 b auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Moder-**

<sup>1)</sup> Anlage 2

<sup>2)</sup> Anlage 3